

Carbon-Märkte und Kleptokraten:

Wie der Klimagipfel in Baku die Schweizer Wirtschaft zerstören soll

Die Kulisse war eindrucksvoll: 80 Staats- und Regierungschefs, über 76.000 Teilnehmer und ein Gastgeber, der sich selbst für unfehlbar hält - Aserbaidschan. Der 29. Klimagipfel der Vereinten Nationen (COP29) in Baku bot alles, was man von solch einem Event erwartet: Hochglanzinszenierungen, wohlklingende Versprechen und eine üppige Selbstbeweihräucherung. Doch was steckt wirklich hinter den vollmundigen Ankündigungen? Und warum sollten wir uns Sorgen machen?



Nach zwei Wochen Verhandlungen wurde ein globales „Kohlenstoffmarkt“-System beschlossen, das Kohlendioxidemissionen (CO2) bepreisen und den Handel mit Emissionsgutschriften ermöglichen soll. Die UN beschreibt dies als „eine Grundlage zum Aufbau“. Gleichzeitig verpflichteten sich westliche Länder, jährlich **1,3 Billionen Dollar an „Klimareparationen“** bis 2035 bereitzustellen, um „Verlust und Schaden“ auszugleichen, die angeblich durch ihre CO2-Emissionen verursacht wurden.

Die Hauptpunkte des Abkommens

1. Kohlenstoffmärkte als „Game Changer“:

- Die UN sieht das Kohlenstoffmarktsystem als wichtigen Mechanismus, um Entwicklungsländern Ressourcen bereitzustellen und Klimapläne schneller umzusetzen.
- Laut COP29-Chef Yalchin Rafiyev könnten durch diese Märkte jährlich bis zu 250 Milliarden Dollar eingespart werden.

2. Klimareparationen und Finanzierung:

- Ab sofort sollen jährlich 300 Milliarden Dollar an Zuschüssen und zinsgünstigen Darlehen bereitgestellt werden – eine Verdreifachung früherer Zusagen.
- Der Rest der Mittel soll durch staatlich gestützte Investitionen und neue internationale Steuern, beispielsweise auf Treibstoffe oder Luftfahrt, aufgebracht werden.

3. Kritik an der Umverteilung:

- Kritiker wie Craig Rucker von CFACT warnten, dass ein Grossteil dieser Gelder in die Taschen von „Klimakleptokraten“ fliessen werde, ohne nennenswerte Auswirkungen auf die globale Temperatur.
- Die Biden-Regierung prahlte hingegen mit den bereits ausgegebenen Milliarden und ihrer Unterstützung des neuen UN-Abkommens.

Reaktionen und Kontroversen

1. UN und internationale Akteure:

- UN-Generalsekretär António Guterres nannte das Abkommen eine gute Grundlage, wünschte sich jedoch ambitioniertere Massnahmen. Er forderte eine zügige Umsetzung und „Multilateralismus“, was Kritiker als „Globalismus“ übersetzen.
- Simon Stiell, Klimachef der UN, betonte, dass der Gipfel lediglich ein weiterer Schritt auf dem Weg zu radikaleren Massnahmen sei, die beim nächsten Gipfel in Brasilien (COP30) beschlossen werden sollen.

2. Reaktionen aus Entwicklungsländern:

- Einige Vertreter, insbesondere aus Afrika und Mittelamerika, kritisierten die zugesagten Gelder als „beleidigend niedrig“. Sie forderten mindestens 5 Billionen Dollar jährlich – etwa 1 % des globalen BIP – und bezeichneten

die aktuellen Zusagen als Zeichen mangelnden guten Willens.

3. NGOs und Aktivisten:

- Organisationen wie das World Resources Institute begrüssten die Fortschritte, bemängelten jedoch die unzureichenden Finanzzusagen. Man lobte, dass die „Klimafinanzierung“ für Entwicklungsländer nun leichter zugänglich sei und keine untragbaren Schulden verursache.

4. Reaktion der USA unter Trump:

- Mit der bevorstehenden Rückkehr von Donald Trump ins Weisse Haus sorgte die Aussicht auf einen möglichen Ausstieg der USA aus dem UN-Klimaprozess für Besorgnis. Trump und einige seiner designierten Kabinettsmitglieder, wie der Physiker Dr. William Happer, lehnen das Konzept der menschengemachten globalen Erwärmung als „Betrug“ ab.
- Gleichzeitig reiste eine kleine Delegation republikanischer Kongressmitglieder zur COP29, um Teile der Klimapolitik Bidens zu unterstützen.

Das grössere Bild

Alex Newman sieht die Ergebnisse des COP29 kritisch. Seiner Ansicht nach handelt es sich bei den Vereinbarungen weniger um echte Klimaschutzmassnahmen, sondern vielmehr um eine globalistische Machtübernahme, die die Mittelschicht der westlichen Länder weiter ausbluten lässt. Die jährlichen „Klimareparationen“ und der Kohlenstoffhandel seien Werkzeuge, um Kapital von den Steuerzahlern der Industrieländer zu den Eliten in den Entwicklungsländern und internationalen Organisationen umzuleiten.

Klimarettung oder globalistisches Monopoly?

Der Star des Gipfels war unbestritten das neue globale „Kohlenstoffmarkt“-System. Dahinter verbirgt sich die Idee, Kohlendioxidemissionen (CO2) zu bepreisen und Handel mit Emissionsgutschriften zu ermöglichen. Die UN lobte dies als „Game Changer“ und Grundlage für zukünftige Klimapolitik. Die Zahlen sind beeindruckend: Man erhofft sich Einsparungen von bis zu 250 Milliarden Dollar jährlich. Doch der wahre Gewinner dieses Spiels sind nicht die Entwicklungsländer, sondern jene, die bereits in den Startlöchern sitzen, um an diesem globalen Glücksspiel zu verdienen.

Neben dem „Loss and Damage Fund“, der angeblich über 300 Milliarden Dollar jährlich für Entwicklungsländer mobilisieren soll, wurde auch der Artikel 6 des Pariser Abkommens über Kohlenstoffmärkte operationalisiert. Doch wer wird wirklich profitieren? Kritiker warnen, dass dieses System nichts weiter als eine gigantische Umverteilungsmaschine ist, die von westlichen Steuerzahlern finanziert wird, um die Taschen der „Klimakleptokraten“ zu füllen.

Guterres' COP29-Rede: Der Klimaretter im Dauereinsatz

António Guterres, der Chef der UN und wohl einer der grössten Verfechter des „globalen Multilateralismus“ (manche sagen auch „Globalismus“), hat in seiner Rede mal wieder keine Gelegenheit ausgelassen, die Welt an ihre angebliche Klimasünden zu erinnern und gleichzeitig den Westen zur Kasse zu bitten. Hier die Kernaussagen:

1. Das Drama des Jahres 2024:

Guterres eröffnete mit einer emotionalen Schilderung eines „brutalen Jahres“ – voller Rekordtemperaturen, Katastrophen und steigender Emissionen. Eine klassische Einführung, um die Dringlichkeit der Lage zu untermauern.

2. Finanzen als Priorität Nummer eins:

Der Fokus liegt klar auf Geld. Guterres forderte mehr finanzielle Unterstützung für Entwicklungsländer, die er als „überflutet von Schulden“ und „abgehängt in der Revolution der erneuerbaren Energien“ beschreibt. Hier sollen westliche Länder tief in die Tasche greifen.

3. Ein „essentielles“ Abkommen:

Laut Guterres war das COP29-Abkommen notwendig, um die 1,5-Grad-Grenze am Leben zu halten. Er räumte ein, dass das Ergebnis weniger ambitioniert war, als er gehofft hatte – doch es sei „eine Grundlage zum Aufbau“.

4. Schnelles Geld statt leere Versprechen:

Guterres betonte, dass alle Verpflichtungen in bare Münze umgewandelt werden müssen. Er appellierte an die Länder, ihre Zusagen einzuhalten und sogar noch zu übertreffen.

5. Die grossen Themen des COP29:

- Fortschritte bei der Emissionsreduktion und der Energiewende.
- Vereinbarungen zu globalen Kohlenstoffmärkten, die er als komplex, aber notwendig bezeichnete.
- Forderung nach neuen, umfassenden nationalen Klimaplänen („NDCs“),

besonders von den G20-Staaten, die die grössten Emittenten sind.

6. Das Ende der fossilen Brennstoffe:

Guterres erklärte das Ende der fossilen Brennstoffe als „ökonomische Unvermeidbarkeit“. Die neuen Klimapläne sollen diesen Übergang beschleunigen und gleichzeitig für „Gerechtigkeit“ sorgen – was immer das konkret heissen soll.

7. Multilaterale Finanzaktionen:

Guterres drängte auf:

- Effektive Massnahmen zur Schuldenreduzierung.
- Mehr Finanzhilfen zu günstigen Konditionen.
- Eine deutliche Aufstockung der Mittel für multilaterale Entwicklungsbanken.

8. Lob und Appelle:

Guterres bedankte sich artig bei Aserbaidschan für die Gastfreundschaft, bei COP29-Präsident Mukhtar Babayev für die Organisation und bei Simon Stiell, dem UN-Klimachef, für dessen „hervorragende Arbeit“. Er lobte die jungen Menschen und zivilgesellschaftlichen Gruppen für ihren Einsatz und schloss mit den Worten: „**Unser Kampf geht weiter, und wir geben niemals auf.**“

Die Rede von Guterres folgt dem klassischen UN-Skript: Eine Mischung aus moralischer Überlegenheit, emotionaler Dramatik und der unmissverständlichen Forderung nach mehr Geld – natürlich aus den Taschen der Industrieländer. Die „Gerechtigkeit“, die er so gerne propagiert, sieht in der Praxis vor allem nach globaler Umverteilung aus, bei der ein Grossteil in bürokratischen Kanälen oder bei fragwürdigen Regierungen versickert. Und natürlich dürfen wir das grosse Ziel nie vergessen: „**Multilateralismus über alles!**“ Ein weiteres Kapitel in der unendlichen Geschichte des globalistischen Klimazirkus.

Rede von Aserbaidschan zu COP29

- **Gastgeberrolle von Aserbaidschan:** Aserbaidschan betont mit Stolz, COP29 mit einstimmiger Unterstützung der internationalen Gemeinschaft organisiert zu haben. Trotz der kurzen Vorbereitungszeit sei es eines der besten COP-Treffen der Geschichte geworden.
- **Hervorragende Organisation:** 80 Staats- und Regierungschefs sowie über 76.000 registrierte Teilnehmer nahmen teil. Trotz gross angelegter „Verleumdungskampagnen“ habe Aserbaidschan historische Erfolge in den

Klimaverhandlungen erzielt.

- „**In Solidarität für eine grüne Welt**“: Aserbaidschan beschreibt sich als neutraler Vermittler, der faire Verhandlungen ermöglichte. Besondere Aufmerksamkeit galt den Bedürfnissen von Entwicklungsländern, insbesondere kleinen Inselstaaten und am wenigsten entwickelten Ländern, die am stärksten vom Klimawandel betroffen sind.
- **Unterstützung von betroffenen Regionen**: Aserbaidschan betont Solidarität mit Menschen und Regionen, die unter Umweltproblemen leiden, die durch koloniale Ausbeutung verschärft wurden.
- „**Baku-Durchbruch**“: Der Gipfel wird als Meilenstein beschrieben, bei dem:
 - Der **Loss and Damage Fund** vollständig operationalisiert wurde.
 - Die vollständige Funktionalität von Artikel 6 (Kohlenstoffmärkte) erreicht wurde.
- **Finanzierungsziel (NCQG)**: Ein neues globales Ziel wurde festgelegt, das 300 Milliarden USD bis 2035 für Entwicklungsländer bereitstellen soll, um diese bei der Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels zu unterstützen.
- **Triumph des Multilateralismus**: Der „Baku-Durchbruch“ wird als Wendepunkt in der Klimadiplomatie gefeiert, mit der Hoffnung, dass dies zukünftige globale Klimaschutzmassnahmen positiv beeinflussen wird.
- **Dankbarkeit**: Aserbaidschan dankt den UN, der UNFCCC und allen Parteien für ihre Unterstützung und Zusammenarbeit auf dem Weg zu COP29.

Die Schweiz in Baku: Zwischen Engagement und Blauäugigkeit

Die Schweizer Delegation wurde von Umweltbotschafter Felix Wertli, Chef der Abteilung Internationales des Bundesamts für Umwelt (BAFU), geleitet. Während der Ministerverhandlungen in der zweiten Konferenzwoche nahm Bundesrat und UVEK-Vorsteher Albert Rösti teil.

Zusätzlich waren Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft aus Wirtschafts- und Umweltkreisen Teil der Delegation.

MeteoSchweiz war ebenfalls vor Ort und widmete sich spezifisch dem Thema der systematischen Klimabeobachtung.

Die Schweiz setzte sich bei der Konferenz unter anderem dafür ein, dass auch

Carbon-Märkte und Kleptokraten: Wie der Klimagipfel unsere Wirtschaft zerstören soll

wohlhabende Schwellenländer wie Saudi-Arabien, Südkorea oder China zur Klimafinanzierung beitragen, da sie mittlerweile über die nötige Finanzkraft verfügen.

Bundesrat Albert Rösti betonte in Baku das Engagement der Schweiz für das 1,5-Grad-Klimaziel und unterstrich die Notwendigkeit einer breiteren Finanzierung, insbesondere durch Länder mit hohem CO₂-Ausstoss.

Die Schweizer Delegation zeigte sich zufrieden mit den erzielten Einigungen, betonte jedoch, dass der Bundesrat 2025 einen Bericht verabschieden werde, um einen „fairen“ Beitrag der Schweiz festzulegen.

Zudem nahm Anna Kurth als Schweizer Klima-Jugenddelegierte an der COP29 teil und brachte die Stimme der Jugend in die Delegation ein, insbesondere bei den Verhandlungen zu Minderung und Gender.

Insgesamt war die Schweiz bei der COP29 in Baku durch eine vielfältige Delegation vertreten, die sowohl Regierungsvertreter als auch Mitglieder der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft umfasste.

Die Schweizer Delegation war prominent vertreten. Umweltbotschafter Felix Wertli und Bundesrat Albert Rösti traten an, um das Engagement der Schweiz für das 1,5-Grad-Ziel zu bekräftigen. Begleitet wurden sie von Vertretern der Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Rösti betonte, dass auch wohlhabende Schwellenländer wie China oder Saudi-Arabien mehr Verantwortung übernehmen müssten. Ein edles Ziel – aber was tat die Schweiz wirklich, um die Interessen ihrer eigenen Bürger zu schützen?

Stattdessen unterstützte man den Konsens und nahm die Aussicht auf neue finanzielle Belastungen für die eigenen Steuerzahler offenbar gelassen hin. Der „Baku-Durchbruch“ wird in Bern sicher bald als Erfolg verkauft werden. Doch wann beginnt endlich die Diskussion darüber, ob das Schweizer Volk dieses Abkommen überhaupt will? Oder stützt man sich einfach auf das Klimaabkommen von 1992 und glaubt, damit einen Freifahrtsschein für jeglichen Unsinn in der Klimapolitik zu haben?

Was Onkel Guterres wirklich will

UN-Generalsekretär António Guterres war wie gewohnt in Hochform. Mit seinem unermüdlichen Appell an die Moral der westlichen Welt erklärte er den Gipfel zur Grundlage einer grösseren Mission. Unter dem Mantel des „Multilateralismus“, was Kritiker treffender als „Globalismus“ bezeichnen, verlangte er von den Industrieländern, schnell zu handeln und noch schneller zu zahlen. „Commitments must become cash,“ erklärte er. Geld, versteht sich, das aus den Taschen der Steuerzahler fliessen soll.

Guterres' Vision ist klar: ein Ende des fossilen Zeitalters, beschleunigt durch neue „nationale Klimaplanungen“, die nicht nur Emissionen deckeln, sondern gleich ganze Ökonomien umkrepeln sollen. Das Ziel? Ein „fossilfreies“ Wirtschaftssystem, in dem Gerechtigkeit nach seiner Definition herrscht. Dass diese Definition vor allem einer neuen Klasse von globalen Akteuren nützt, die sich auf Kosten der alten Ordnung bereichern, bleibt unausgesprochen.

Die Gastgeberrolle von Aserbaidschan: Stolz und Eigenlob

Aserbaidschan selbst inszenierte sich bei COP29 als Modellgastgeber. Mit Stolz verwiesen die Organisatoren auf die einstimmige Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für die Austragung des Gipfels. Trotz der kurzen Vorbereitungszeit prahlte man, COP29 sei eines der besten Treffen der Geschichte geworden. 80 Staats- und Regierungschefs sowie über 76.000 registrierte Teilnehmer waren anwesend.

Dabei musste Aserbaidschan angeblich gegen gross angelegte „Verleumdungskampagnen“ bestehen und behauptete dennoch, historische Erfolge erzielt zu haben. Unter dem Slogan „In Solidarität für eine grüne Welt“ präsentierte sich das Land als neutraler Vermittler, der faire Verhandlungen ermöglichte. Besonderes Augenmerk galt dabei den Bedürfnissen kleiner Inselstaaten und der am wenigsten entwickelten Länder, die angeblich am stärksten vom Klimawandel betroffen seien.

Darüber hinaus betonte Aserbaidschan seine Solidarität mit Regionen, die unter Umweltproblemen leiden, die durch koloniale Ausbeutung verschärft wurden. Man

sprach stolz vom sogenannten „Baku-Durchbruch“, bei dem der Loss and Damage Fund operationalisiert und die Funktionalität von Artikel 6 über Kohlenstoffmärkte erreicht wurde.

Mit einem neuen globalen Finanzierungsziel („NCQG“), das 300 Milliarden Dollar bis 2035 für Entwicklungsländer bereitstellen soll, feierte sich Aserbaidschan als Triumph des Multilateralismus. Gastgeber Ilham Aliyev lobte COP29 als Wendepunkt der Klimadiplomatie und drückte seine Dankbarkeit gegenüber den UN und der UNFCCC aus, die diese Erfolge möglich gemacht hätten.

Die grosse Rechnung: Wer zahlt?

Die wahren Kosten der neuen Klimareligion tragen natürlich die westlichen Mittelschichten. 1,3 Billionen Dollar pro Jahr sollen bis 2035 als „Klimareparationen“ fliessen. Dass sich dabei Entwicklungsländer wie Panama oder Sierra Leone trotzdem „beleidigt“ fühlen und 5 Billionen Dollar jährlich fordern, zeigt nur, wie wenig diese Summen wirklich bewirken.

Noch absurder wird es, wenn man bedenkt, dass ein Grossteil der Mittel in ineffizienten Projekten, fragwürdigen Subventionen und korrupten Strukturen versickern wird. Simon Stiell, der UN-Klimachelf, bezeichnete den Gipfel dennoch als wichtigen Schritt. Die eigentliche Arbeit, so betonte er, beginne erst auf dem nächsten Gipfel in Brasilien.

Das wahre Ziel: Die Zerstörung der Ökonomien

Hinter den hehren Zielen der Klimarettung verbirgt sich eine Agenda, die westliche Ökonomien systematisch schwächen soll. Die Kohlenstoffmärkte, die als „ökonomische Unvermeidlichkeit“ verkauft werden, sind in Wirklichkeit ein Werkzeug, um die Macht der Globalisten zu festigen. Ohne Knete keine Fete – jede Regierung, besonders eine Weltregierung, braucht ein Budget. Und was wäre besser geeignet als eine globale CO2-Steuer, die in den Namen des Klimas eingeführt wird?

Es geht nicht um die Rettung des Planeten, sondern darum, die Basis für eine neue Weltordnung zu schaffen: ein faschistisch-korporatistisches System, in dem die Bürger nichts besitzen und angeblich glücklich sein

sollen. Konzernfaschismus pur. Und wer nicht mitmacht, begeht Gotteslästerung gegen die neue Religion: das Klima. Mutter Natur ist der neue Gott, und alle müssen sich ihrem Diktat unterwerfen.

Fazit: Warum wir blindlings in den Abgrund laufen

Die eigentliche Frage ist: Warum sehen wir nicht, was hier passiert? Glauben unsere Vertreter, wir seien zu dumm, um diesen Plan zu durchschauen? Oder sind sie selbst zu naiv, um die Konsequenzen zu verstehen? Fakt ist, dass die Entscheidungen von Baku weitreichende Folgen haben werden. Doch wann wird in der Schweiz überhaupt darüber gesprochen, ob das Volk bereit ist, diese Last zu tragen?

Warum geht dieses ganze COP-Treiben an den Parlamenten vorbei? Ganz einfach: Es ist ein geschickter Schachzug. Die Kleptokraten und Verhandlungsführer können ohne parlamentarische Kontrolle agieren, und wer an den Hebeln der Macht sitzt, hat sie leicht in der Hand. In der Schweiz stellt sich die Frage: Worauf berufen sich unsere Vertreter? Wer hat ihnen den Auftrag gegeben? Das Volk sicher nicht. Dieses undurchsichtige Spiel ist so abgekartet wie ein alter Pokertrick: Man zeigt uns ein As im Ärmel, während der Joker schon im Spiel ist.

Es wird Zeit, die Augen zu öffnen. Die Richtung, in die wir uns bewegen, ist nicht nur fragwürdig, sondern gefährlich. Was hier als Klimarettung verkauft wird, ist nichts anderes als ein massiver Eingriff in unsere Freiheit und Ökonomie. Und wenn wir nicht bald handeln, könnte der Preis dafür unsere Zukunft sein.